

Präsidentialadresse : 1996 - wichtige Grundlagen für die Zukunft gelegt

Autor(en): **Lauri**

Objekttyp: **Preface**

Zeitschrift: **Verwaltungsbericht des Regierungsrates, der kantonalen Verwaltung und der Gerichtsbehörden für das Jahr ... = Rapport de gestion du Conseil-exécutif, de l'administration cantonale et des autorités judiciaires pendant l'année ...**

Band (Jahr): - **(1996)**

Heft [1]: **Verwaltungsbericht : Berichtsteil**

PDF erstellt am: **22.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Präsidentialadresse 1996 – wichtige Grundlagen für die Zukunft gelegt

Im Jahr 1996 sah sich der Regierungsrat vor die Herausforderung gestellt, bei sehr knappen Ressourcen die *Voraussetzungen für eine gedeihliche Entwicklung von Gesellschaft und Wirtschaft im Kanton Bern* weiter zu verbessern. Gleichzeitig war mit der Haushaltsanierung '99 die zwingend nötige Konsolidierung des Staatshaushaltes konsequent fortzusetzen. Dies war auch deshalb besonders schwierig, weil die Wirtschaft in der ganzen Schweiz seit sechs Jahren stagniert.

Trotz verschiedener Zielkonflikte ist es gelungen, zahlreiche für die Zukunft des Kantons wichtige Vorhaben einen Schritt weiter oder gar zum Abschluss zu bringen. Im Sinn einer Antwort auf die 1996 erneut gewachsenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind besonders erwähnenswert

- die neuen gesetzlichen Grundlagen für die Universität und die Fachhochschulen;
- der Einsatz zugunsten des Wirtschaftsstandortes Bern, sei dies auf der gesetzgeberischen Ebene, sei es durch Förderung des Dialogs zwischen dem Regierungsrat und der Wirtschaft;
- die intensiven Vorarbeiten für die Expo 2001 und das Engagement zugunsten der NEAT am Lötschberg;
- die Definition von Eigentümerstrategien des Kantons bei den wichtigen Mehrheitsbeteiligungen;
- die Verbesserung des Verhältnisses zwischen dem Kanton und seinen Gemeinden als eine der Voraussetzungen, um wichtige Optimierungen in der öffentlichen Aufgabenerfüllung mit Erfolg angehen zu können;
- die Weiterentwicklung der Führungsinstrumente und -prozesse des Regierungsrates.

Die Fortsetzung der Sanierungsarbeiten am Staatshaushalt beschäftigte den Regierungsrat intensiv. Die grundsätzliche Zustimmung des Grossen Rates zum Massnahmenpaket Haushaltsanierung '99 im vergangenen Dezember bildete einen wichtigen Meilenstein. Damit hat der Kanton Bern ein klares Signal nach aussen gesendet und den Willen bekundet, seinen Haushalt zu sanieren. Bewusst verwendete der Regierungsrat den Begriff des Sanierens und nicht des Sparens, weil es nebst einem sehr deutlichen Schwergewicht auf der Ausgabenseite auch um gewisse Massnahmen bei den Einnahmen und auf der organisatorischen Ebene geht. Auch handelt es sich um mehr als um die formelle Erfüllung

eines Verfassungsauftrages, der mittelfristig einen ausgeglichenen Finanzhaushalt vorschreibt. Die Begründung, finanzpolitisch zu handeln, liegt tiefer, nämlich beim Gedanken an die Zukunft der bernischen Bevölkerung. Es geht um die Frage, welches gesellschaftliche und wirtschaftliche Umfeld mit welchen Vorteilen und Lasten der nachfolgenden Generation übertragen werden soll. Die Forderung nach einem gerechten Ausgleich zwischen den Generationen verlangt, dass es hier keine Ungleichgewichte geben darf. Bei der Haushaltsanierung geht es somit auch um Fragen der Ethik und des nachhaltigen Denkens und Handelns. Dazu kommt, dass nur ein Staatswesen mit einem mittelfristig ausgeglichenen Finanzhaushalt in der Lage ist, sach- und zeitgerecht auf neue Herausforderungen zu reagieren. Beim Schnüren des Paketes nahm der Regierungsrat soweit wie möglich Rücksicht auf das wirtschafts-, sozial- und regionalpolitische Umfeld.

Gesamthaft erweist sich damit der 1996 eingeleitete Sanierungsprozess als ein zukunftsgerichtetes Vorhaben, das dem Kanton zusammen mit den obenerwähnten sowie weiteren Massnahmen neue Handlungsmöglichkeiten und damit gute Perspektiven eröffnet.

Der Weg zur erfolgreichen Haushaltsanierung und damit zu einem neuen Gleichgewicht zwischen der bernischen Wirtschaftskraft und den finanziellen Bedürfnissen der öffentlichen Hand ist noch lang. Eine vollständige und auf Dauer angelegte Gesundung, die den Kanton Bern zurück ins finanz- und wirtschaftspolitische Mittelfeld der schweizerischen Kantone bringt, wird weiterführende Massnahmen erfordern. Der Erfolg wird sich dann einstellen, wenn der Dialog zwischen der Regierung und dem Grossen Rat einerseits sowie zwischen Kanton und Gemeinden andererseits, der im vergangenen Jahr gut spielte, fortgesetzt wird. Gefragt sind, im Interesse der Zukunft unseres Kantons, sachpolitische Auseinandersetzungen über Parteigrenzen und regionales Denken hinweg. Wir hoffen zuversichtlich, dass der eingeleitete Prozess von Politikerinnen und Politikern und von der Bevölkerung unseres Kantons über das Legislaturende hinaus mitgetragen wird.

Bern, im März 1997

Der Regierungspräsident: *Lauri*

